

Die Antiquiertheit der politischen Begriffe

Das Ende der Ideologien ist nicht das Ende der Geschichte

Panajotis Kondylis

(FAZ, 5.10.1991)

Nicht erst in den Tagen des gescheiterten Moskauer Putsches konnte man immer wieder lesen, die „Konservativen“ des KGB und der KPdSU wollten den Weg zur Marktwirtschaft und zum Parlamentarismus verbauen. Presseorgane, welche die sonst als "Stalinisten" oder "orthodoxe Kommunisten" Bezeichneten "konservativ" nannten, schrieben ganz ungeniert, manchmal auf derselben Seite, politischen Persönlichkeiten wie Reagan oder Thatcher, Bush oder Kohl dasselbe Attribut zu. Daraus müßte man eigentlich auf eine Gesinnungs- und Zielgemeinschaft der genannten westlichen Politiker mit den sowjetischen Feinden der „Perestroika“ schließen – eine offensichtliche Absurdität.

Einen Ausweg böte die Behauptung, konservativ sei der Verteidiger des jeweils Bestehenden, unabhängig davon, was das in jedem einzelnen Fall ist. Aber selbst wenn man sich dazu verstiege, Bundeskanzler Kohl und den russischen Putschisten Gemeinsamkeiten zu unterstellen, würde das für die Analyse der konkreten Lage wenig Erhellendes erbringen. Denn in solcher: Lagen geht es immer um die Durchsetzung bestimmter Inhalte oder inhaltlich definierter Ziele im Hinblick auf die Gestaltung eines nationalen oder internationalen Kollektivs.

Nicht weniger verworren erscheint der publizistische, aber auch der wissenschaftliche Sprachgebrauch, wenn wir uns den anderen fundamentalen Begriffen zuwenden, um die sich das politische Vokabular der letzten hundertfünfzig Jahre gedreht hat. Gewiß, Mehrdeutigkeit begleitet die politischen Grundbegriffe – und nicht nur sie – von ihrer Entstehung an. Dennoch ist dies von jener Amorphie ihres Inhalts zu unterscheiden, die ihren geschichtlichen Untergang anzeigt. Solange Begriffe lebendig und sozial tragfähig sind, beziehen sie sich auf einen identifizierbaren und identischen Träger.

Wer im 19. Jahrhundert „konservativ“ sagte, meinte primär die sozialpolitischen Anliegen des antiliberalen Adels und des großen patriarchalischen Grundbesitzes, der sich durch die Fortschritte des industriellen Kapitalismus bedroht fühlte. Als soziale Träger dessen, was man heute jeweils „Konservativismus“ nennt, werden bald die Verfechter der Planwirtschaft und der Diktatur im Osten, bald die Befürworter der Marktwirtschaft und des Parlamentarismus im Westen, manchmal auch ökologisch motivierte Freunde der unversehrten Natur oder religiös gesinnte Feinde des Mini-rocks angeführt. „Liberal“ hieß ursprünglich in erster Linie eine Politik, welche die wirtschaftlichen und verfassungsmäßigen Vorstellungen des Bürgertums artikulierte, nicht etwa ein Plädoyer für die Abtreibungsfreiheit oder das uneingeschränkte Asylrecht. Die Unverbindlichkeit des Vokabulars zeugt von seiner Obsoleszenz. Das konnte zwar dem Betrachter seit langem auffallen, die Akteure benötigten indes die Begriffe des 19. Jahrhunderts aus polemischen Gründen. Zudem hat der lange Kampf zwischen dem westlichen System und dem Kommunismus erheblich zur Verbreitung eines Sprachgebrauchs beigetragen, der auf keiner der beiden Seiten seine genauen sachlichen Entsprechungen hatte. Eben deswegen offenbart ausgerechnet das Ende des Kalten Krieges, und zwar dessen Ausgang, wie inhaltsleer die

politische Sprache inzwischen geworden war. Das kann freilich kein abschließendes Urteil über ihre künftige Wirksamkeit sein.

Die drei Grundbegriffe des politischen Vokabulars der letzten hundertfünfzig Jahre, nämlich „Konservatismus“, „Liberalismus“ und „Sozialismus“ (oder soziale Demokratie), verkörperten eigentlich nur zur Zeit ihrer (übrigens fast parallelen) Herausbildung drei reale und eindeutige gesellschaftliche Optionen. Denn nur um 1848 standen sich Adel, Bürgertum und Proletariat auf einem einzigen Schlachtfeld gegenüber. Das Triptychon schrumpfte noch im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem Diptychon, denn der geschwächte Adel ging weitgehend im (Groß-)Bürgertum auf, indem er seine patriarchalische Herrschaft auf dem Land nolens volens aufgab und am kapitalistischen Wirtschaftsleben sowie am parlamentarischen Spiel in verschiedenen Graden und Formen teilnahm. Nachdem die Statik der „societas civilis“ der kapitalistischen Dynamik nachgegeben hatte, konnte nicht mehr von Konservatismus im Sinne des Bewahrens einer gottgegebenen, ewigen und hierarchischen Ordnung auf Erden die Rede sein. Wenn der Begriff Konservatismus trotzdem weiterhin am Leben blieb, so verdankte er dies weniger der Vitalität seiner natürlichen sozialen Träger, sondern mehr der polemischen Wucht seiner triumphierenden Widersacher.

Das „Konservative“ wurde nun vor allem vom Gegensatz zur Linken her definiert. „Konservativ“ war etwas in dem Maße, wie es den Zielsetzungen der Linken widersprach, und zwar unabhängig davon, ob es faktisch die Gesellschaft änderte: denn besaß die Linke definitionsgemäß das Monopol des Fortschritts, so konnte jede Änderung der Gesellschaft in eine Richtung, die den Wünschen der Linken zuwiderlief, nicht als „echte“ Änderung anerkannt werden. Dieses Denkschema wirkte jahrzehntelang schulbildend. Auch die etablierte „progressive“ Politologie und Soziologie in Deutschland hat der Auffassung zur Durchsetzung verholfen, Konservatismus sei kein geschichtlich gebundener und vergänglicher Begriff, sondern eine Einstellung, die sich in jeweils anderem Zusammenhang neu definiere und dementsprechend praktisch zum Tragen komme. Dabei war es aufschlussreich, daß die Ideologen des Ostblocks diese Überzeugung teilten.

Liberalismus, Sozialismus, Konservatismus

Die Liberalen mußten sich ihrerseits den Konservatismusbegriff aneignen, als sie merkten, daß der ursprüngliche bürgerliche Sinn des Liberalismusbegriffes verblaßte, während seine Uminterpretation in antibürgerlicher demokratisch-egalitärer Absicht ständig an Boden gewann. „Konservativ“ nannte sich nun das Gedankengut und die sozialpolitische Praxis des klassischen Liberalismus, der sich ausdrücklich gegen egalitäre sozialistisch-demokratische Bestrebungen abgrenzen wollte. Diese traten oft mit dem Anspruch auf, das „wahre“ Erbe des Liberalismus kreativ zu verwalten und den „echten“ liberalen Gedanken konsequent zu Ende zu denken, indem sie aus formalen Rechten materielle und aus rechtlicher Gleichheit die soziale ableiteten. Unter diesen Umständen und im Lichte dieser Umdeutung mußte der Liberalismus als Theorie und Begriff jenen klassischen Liberalen, die in bürgerlichen Kategorien dachten, mehr oder weniger verdächtig vorkommen.

Die großen Losungen von Freiheit und Gleichheit, die bereits im 17. Jahrhundert in der Sprache des säkularen Naturrechts propagiert wurden, gestatten in der Tat eine extensive Interpretation: diese Möglichkeit wurde aber erst im 19. Jahrhundert allgemein bewußt. So kam es dazu, unter Hinweis auf einen ethisch aufgeladenen Liberalismusbegriff sogar

sozialstaatliche und dirigistische Tendenzen gutzuheißen, und zwar eingedenk der Bedeutung des Individuums im liberalen Denkraum. Als höchster Wert sollte also nun das Individuum den Schutz der Gesellschaft durch die Vermittlung des Staates genießen und vom Staat Garantien für seine freie und allseitige Entfaltung erhalten. Dabei handelte es sich freilich um eine drastische Uminterpretation des klassischen liberalen Begriffes von Individualismus; doch hier interessiert nicht die Legitimität dieser neuen Interpretation, sondern die Tatsache, daß es sie gab und daß sie die praktische Politik beeinflusste. So konnten im 20. Jahrhundert der Konservatismusbegriff für liberale Zwecke und der Liberalismusbegriff für eine insgesamt antibürgerliche Politik eingespannt werden.

Genauso vieldeutig und schillernd wurde indes im Laufe der Zeit der Begriff des Sozialismus oder der sozialen Demokratie. Die Machtergreifung der Bolschewiki vermochte es nicht, die schon vorher existierenden Sozialismen unter dem Banner des einzig siegreichen Sozialismus zu vereinheitlichen und somit der Idee einen ausschließlichen und eindeutigen Inhalt zu geben. Im Gegenteil, sie führte zur endgültigen Spaltung der sozialistischen Bewegung in einen revolutionären und einen reformistischen Flügel. Der reformistische Sozialismus westlicher Prägung knüpfte seinerseits an die erwähnte ethische Umdeutung liberal-individualistischer Gemeinplätze an, während die Versuche abtrünniger Marxisten (oder auch Marxisten-Leninisten), sich vom „Stalinismus“ als Theorie und Praxis zu lösen und den „unverfälschten“ Sozialismus ins Leben zu rufen, ein Spiel um immer neue Variationen bereicherten, das längst unübersichtlich – und langweilig – geworden war.

Der Kalte Krieg hat nicht bloß die Vieldeutigkeit des Sozialismusbegriffes teils mitverursacht, teils gefördert. Ähnliche Wirkungen hatte er für Liberalismus und Konservatismus. In seiner neuen Funktion als Gegenbegriff zum „Totalitarismus“ meinte der Liberalismus zwar auch den Wirtschaftsliberalismus und somit das private Eigentum an den Produktionsmitteln. Der Schwerpunkt wurde aber nicht auf diese prosaische Tatsache gelegt, die übrigens vom Gegner als bloße „Kapitalistenherrschaft“ abgetan wurde, sondern auf die mit dem Wirtschaftsliberalismus verbundenen Chancen für die Entfaltung der Gesellschaft und des einzelnen. Liberalismus bestand demnach im Prinzip der unbegrenzten Erneuerung und Offenheit, der Toleranz und der Menschenwürde – kurzum der großgeschriebenen Freiheit. Diese selbe Freiheit war gemeint, wenn man den Demokratiebegriff synonym mit dem des Liberalismus verwendete und den „kommunistischen Tyrannen“ die „westlichen Demokratien“ gegenüberstellte. „Liberalismus“ und „Demokratie“ wurden also hier eher als Werte aufgefaßt denn auf konkrete soziale Inhalte und Herrschaftsformen festgelegt.

Die Kommunisten wiederum sprachen von „Konservatismus“ oder „Reaktion“, um das System des „staatsmonopolistischen Kapitals“ zu bezeichnen, das nach ihrer Auffassung zu keinem wesentlichen Fortschritt fähig, vielmehr zu permanenten Krisen verurteilt war und die Entfaltung von Gesellschaft und einzelnen dem rücksichtslosen Profitstreben der herrschenden Clique opferte. Interessanterweise bekannten sich auf dem anderen Ufer zum „Konservatismus“ viele derjenigen, die sich sonst als Antikommunisten „Liberale“ oder „Demokraten“ nannten, wenn sie damit ihre Absicht ausdrücken wollten, ewige Wahrheiten und Werte zu verteidigen, die der Kommunismus bedrohte.

Spätestens nach dem Ausgang des Kalten Krieges muß nun jeder wissen, daß die kommunistische und linke Diagnose vom „konservativen“ oder gar „reaktionären“ Charakter

des westlichen Systems, wie es sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den großen Industrienationen herausbildete, nicht einfach unhaltbar, sondern geradezu sinnlos war. Man kann und darf dieses System aus verschiedenen ästhetischen oder ethischen Gründen ablehnen – nicht aber deswegen, weil es „konservativ“ sei, weil es also den technischen Fortschritt und die damit zusammengehörende Umgestaltung der Gesellschaft hemme. Unabhängig davon, wie man technischen Fortschritt, Konsummöglichkeiten und Freiheiten als Werte beurteilt, kann man die Überlegenheit des Westens auf diesen Gebieten nicht bestreiten. Der Vorwurf des „Konservatismus“ wurde sinnwidrigerweise gegen ein System gerichtet, das die Entwicklung der Produktivkräfte in einem weltgeschichtlich bisher unbekanntem Ausmaß revolutionierte und dem einzelnen materielle und ideelle Möglichkeiten zur Verfügung stellte, die sich ebenfalls als erstaunliches weltgeschichtliches Novum ausnehmen.

Wenn mancher Träger oder Befürworter dieses Systems sich weiterhin „konservativ“ nennen will, so liegt der Grund dafür teils in polemischen Bedürfnissen, teils aber auch an seinem ethisch-ideologischen Selbstverständnis, das sich nicht mit der Einsicht versöhnen will, dieses System lebe inzwischen längst von dem, was man in wahrhaft konservativen Zeiten „Hybris“ nannte. Aber gleichgültig, wie sich solche „Konservativen“ in Zukunft nennen werden: der Sieg des Westens im Kalten Krieg wird den „Progressiven“ aller Couleur das Vokabular durcheinanderbringen, da es nun kaum einleuchtend erscheint, das vitalere oder jedenfalls siegreiche System mit einem trägen Konservatismus in Verbindung zu setzen. In Deutschland wird jedenfalls in den letzten Jahren und Monaten das Wort „Konservatismus“ im abschätzigen Sinn immer weniger und nur noch halbherzig benutzt.

Wenn es falsch ist, den Ausgang des Kalten Krieges als Sieg des konservativen Westens über den revolutionären Osten aufzufassen, so ist es ebenfalls eine Täuschung, den Zusammenbruch des Kommunismus als Durchsetzung des Liberalismus zu feiern. So kann man nur reden, wenn man unter „Liberalismus“ den Gegenbegriff zum „Totalitarismus“ versteht, wie dies zur Zeit des Kalten Krieges üblich war. Es wurde schon gesagt, daß in dieser Gegenüberstellung der spezifisch bürgerliche Sinn des Liberalismus zu kurz kam. Das war keineswegs zufällig. Im Zuge der „extensiven“ demokratischen Umdeutung des Liberalismus und zweifellos im Zusammenhang mit dem allmählichen sozialen Abstieg des Bürgertums hatte sich der bürgerliche Gehalt klassischen Liberalismus schon vor dem Zweiten Weltkrieg erheblich verdünnt. Die bürgerliche Massengesellschaft befand sich bereits auf dem Wege zur modernen Massendemokratie, als die Mechanisierung des Alltags einsetzte und der Arbeiter als Konsument entdeckt wurde.

Die Bedeutung des Kalten Krieges

Diese entscheidende Wendung kam aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg und nicht zuletzt unter dem Einfluß des Kalten Krieges zum Durchbruch. Denn ungeachtet der langfristig wirkenden sozialgeschichtlichen Tendenzen wurde die Umwandlung der bürgerlich-liberalen Massengesellschaft in die moderne Massendemokratie (auch) durch das Bestreben gefördert und beschleunigt, durch schnelle Hebung des Lebensstandards („Wohlstand für alle“) der Gefahr einer kommunistischen Machtergreifung vorzubeugen. Dieser Vorgang ging mit einer umfangreichen Demokratisierung auf allen Gebieten und mit der Herausbildung von neuen Eliten in Wirtschaft und Politik einher, die das alte Bürgertum weitgehend verdrängten oder ablösten. Manager, Technokraten und „Yuppies“ sind als soziologische Typen und

Funktionsträger etwas wesentlich anderes als der Bürger; Bürgerlichkeit als Lebensstil erfüllt heute, wenn man das Gesamtbild im Auge behält, dieselben pittoresk-mondänen Aufgaben, die einst manch Überlebender aus adeligem Geschlecht erledigte. Atomisierung, soziale Mobilität und Wertpluralismus oder Permissivität ergeben in Verbindung mit der parallel vor sich gehenden Nivellierung von Hierarchien und Autoritäten, also in Verbindung mit der Demokratisierung, ein allgemeines Bild, das nur bei Verkennung zentraler soziologischer und geistesgeschichtlicher Faktoren als das Bild einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft bezeichnet werden darf.

Der Westen hatte also den Osten erst dann besiegt, als die bürgerliche Klassengesellschaft der Massendemokratie wich, wodurch die kommunistische Kapitalismuskritik obsolet und unattraktiv wurde. Um es als Paradoxie zu sagen: Der Abschied von der Utopie im Osten ist durch die Verwirklichung der Utopie im Westen ermöglicht worden. Tatsächlich wurde in der westlichen Massendemokratie zum ersten Mal in der Weltgeschichte die Güterknappheit überwunden und eine Gliederung der Gesellschaft nach funktionalen und Leistungskriterien erreicht. Es wurde also die auf Atomisierung beruhende Gleichheit grundsätzlich verwirklicht, während gleichzeitig die Selbstverwirklichung des einzelnen gleichsam zum obersten Staatszweck erklärt wurde. Lücken und Schattenseiten dieses Bildes sind zur Genüge bekannt; sie ändern aber nichts daran, daß diese — verzerrte, groteske, burleske oder wie auch immer man will — Verwirklichung der Utopie schließlich der kommunistischen Liberalismus- und Kapitalismuskritik den Wind aus den Segeln nahm. Die moderne Massendemokratie hat somit die Begriffe „Konservativismus“, „Liberalismus“ und „Sozialismus“ mit einem Schlag gegenstandslos gemacht. Durch die extreme Atomisierung der Gesellschaft und die unbegrenzte Mobilität, die sie aufgrund ihrer Funktionsweise benötigt, hat sie die großen kollektiven Subjekte aufgelöst, mit denen sich jene Begriffe verbanden, solange sie einen konkreten geschichtlichen Gehalt und Bezug besaßen.

Die Einsicht in die Obsoleszenz des politischen Vokabulars nach dem Sieg der Massendemokratie über den Kommunismus ist nicht bloß im Hinblick auf akademische Zwecke unentbehrlich. Denn die planetarische Politik wird in Zukunft der Bedeutung massendemokratischer Werte und Ziele Rechnung tragen müssen: von der quantitativ verstandenen ständigen Hebung des Lebensstandards bis zur qualitativen Egalisierung der Chancen und des Genusses, sowohl innerhalb der einzelnen Nationen als auch in den Beziehungen der Nationen untereinander. Das heißt zunächst, daß ökonomische Fragen und Streitigkeiten ein größeres politisches Gewicht erlangen werden, daß also das Politische zunehmend vom Wirtschaftlichen her verstanden und gehandhabt wird, während die traditionell vorrangige Frage nach dem besten Staat und der besten Verfassung in den Hintergrund rückt. Bemerkenswerterweise herrscht darüber nach dem Ende des Kalten Krieges eine fast weltweite Übereinstimmung; sie zeigt sich in der Bereitschaft, die politischen Institutionen des Westens in dieser oder jener Variation nachzuahmen.

Das hängt mit der Ökonomisierung des Politischen insofern zusammen, als angenommen wird, daß solche Institutionen den wirtschaftlichen Fortschritt fördern. Zugleich sind wichtige Probleme, wie etwa Ökologie oder Überbevölkerung, im Horizont des enger gewordenen Planeten aufgetaucht, die sich an Hand der Kategorien und Denkgewohnheiten des Konservativismus, des Liberalismus und des Sozialismus kaum erfassen und bewältigen lassen. Man weiß ja inzwischen: Bewahren ist längst zur Organisationsfrage geworden,

Freiheit in Massengesellschaften kann zur Auflösung oder zur Explosion führen, während rigorose Planung Übel gebiert, die sie nicht von sich aus heilen kann.

Es wäre dennoch Wunschdenken, zu meinen, die notgedrungene Loslösung von den traditionellen politischen Inhalten und Begriffen sowie die Ökonomisierung des Politischen würden die Konflikte zwischen den interessierten Gruppen abschaffen oder auch nur mildern. Sie werden ohne Zweifel die Politik zum großen Teil „entideologisieren“; das heißt: sie werden den Einfluß jener Ideologien verringern oder zurückdrängen, die seit der Französischen Revolution politisches Handeln legitimieren sollten.

Es ist dennoch kurzsichtig, die in den letzten zwei Jahrhunderten geführten politischen Kämpfe ideologischem Fanatismus zuzuschreiben und sich ex contrario aus dem „Ende der Ideologien“ das Ende der Kämpfe zu versprechen. Entideologisierte Kämpfe werden womöglich noch heftiger als die ideologisch geführten sein, sollten sich bestimmte Güter ausgerechnet in einer Zeit als knapp erweisen, in der die Überwindung der Güterknappheit als oberstes Ziel der Menschheit erachtet wird. Die Entideologisierung und die Ökonomisierung des Politischen bedeuten letztlich, dass nunmehr um handfeste materielle Güter ohne nennenswerte ideologische Vermittlungen gekämpft wird. Um genau zu sein, müßte man dann die Entideologisierung als teilweise Rückkehr in das Tierreich bezeichnen. Ob es wünschenswert ist, dass der Abschied von der Utopie so weit geht, bleibt freilich eine Frage des Geschmacks.